

Verschaukelte Steuerzahler

Steuereinnahmen. Das kraftvolle Wirtschaftswachstum in Deutschland lässt die Steuereinnahmen sprudeln, sehr zur Freude der Kämmerer und Finanzminister. Dieser Effekt – und weniger eine strikte Sparpolitik – ist der Grund für die gute Haushaltslage. Angesichts der stetig steigenden Steuerquote wird es Zeit, die Bürger zu entlasten.

Die erfreulichen Nachrichten für den Bundesfinanzminister reißen derzeit nicht ab: Erst durfte sich Wolfgang Schäuble für die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt 2014 feiern lassen, dann prophezeiten ihm jüngst die Steuerschätzer immer neue Rekordeinnahmen für die kommenden Jahre.

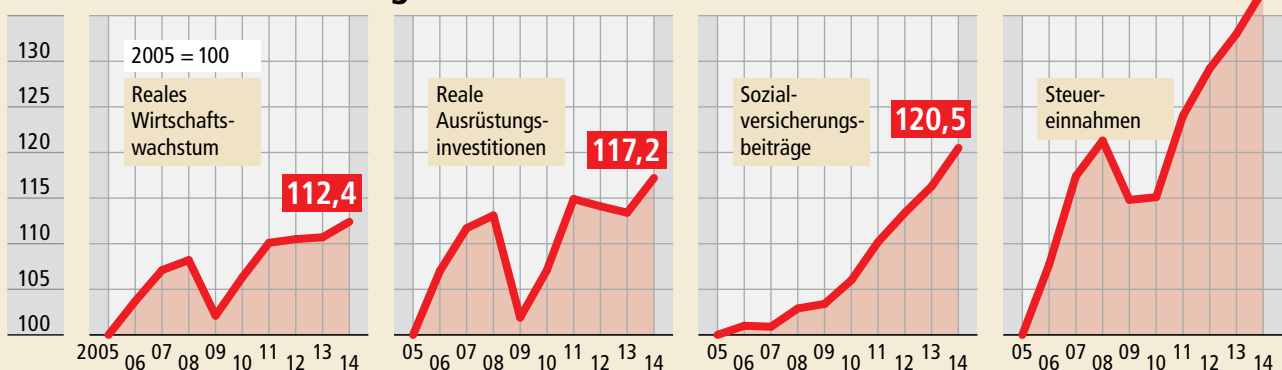
Schäuble und seine Kollegen in den Bundesländern profitieren von dem Mix aus sehr guter Beschäftigungslage, niedrigen Zinsausgaben und günstigen Rohstoffpreisen, welche den Konsum antreiben.

Allein in den vergangenen zwölf Monaten hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

um eine halbe Million auf 30,5 Millionen zugelegt. Verantwortlich für diese Rekordbeschäftigung ist nicht zuletzt das Wachstum der Investitionen. Sie sind in den vergangenen Jahren preisbereinigt um fast ein Fünftel gestiegen (Grafik).

Das Plus an Investitionen und Jobs hat am Ende der Nahrungskette – beim Staat – zu erheblich höheren Einnahmen in Form von Steuern und Sozialbeiträgen geführt. Nur während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 brachen die →

Deutschland: Steuer schlägt alles



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 24

Inhalt

Kinderarbeit. Noch immer riskieren viele Millionen Jungen und Mädchen oft ihr Leben, um Geld zu verdienen.
Seite 3

Flüchtlinge. Viele Flüchtlinge in der EU kommen vom Westbalkan und haben kaum Chancen auf Asyl. Für diese Menschen braucht die EU neue Strategien.
Seite 4-5

Rentenversicherung. IW-Experte Jochen Pimpertz plädiert für eine kinderabhängige Rente innerhalb des bestehenden Umlagesystems.
Seite 6

Schweiz. Die Regierung in Bern muss das Thema Freizügigkeit mit der EU neu verhandeln.
Seite 7

Smart Grids. Die Energiewende erfordert Stromnetze, in denen der Ausgleich von Angebot und Nachfrage intelligent gesteuert wird.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ Staatseinnahmen einmal weg, um kurz darauf wieder auf ihren gewohnten Wachstumspfad zurückzukehren.

Dass die Steuereinnahmen seit 2005 stärker gestiegen sind als die Sozialbeiträge, liegt zum einen an der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007. So betragen die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer 2005 erst 140 Milliarden Euro, 2014 waren es bereits 203 Milliarden Euro. Zum anderen sind die Zuwächse aber auch eine Folge der kalten Progression, die dazu führt, dass Arbeitnehmerentgelte und Steuereinnahmen nicht Hand in Hand gehen (vgl. iwd 32/2014).

Wie unbekümmert sich der Staat an den Einkommen der Beschäftigten bedient, zeigt die Steuerquote. Der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt beträgt dem Bundesfinanzministerium zufolge derzeit 22 Prozent und soll laut aktueller Steuerschätzung bis 2019 um weitere 0,3 Prozentpunkte steigen. Zum Vergleich: Im Jahr 2005 lag die Steuerquote noch gut 2 Prozent-

punkte niedriger, wobei aus heutiger Sicht 1 Prozentpunkt 30 Milliarden Euro entspricht.

Steuern und Sozialbeiträge dürfen also auch künftig kräftig sprudeln. Insofern muss die Frage erlaubt sein, was der Staat mit all dem Geld macht. Die Antwort ist ganz einfach: Er gibt es mit vollen Händen aus. Denn entgegen den Beteuerungen des Bundesfinanzministers, dass die Konsolidierung der Staatskassen Vorrang habe, sieht die Realität anders aus:

Nur 30 Prozent der staatlichen Mehreinnahmen von 300 Milliarden Euro zwischen 2005 und 2014 flossen in die Sanierung der Staatshaushalte.

Die Frage, ob der Staat das Geld seiner Bürger sinnvoll ausgibt, ist auf den ersten Blick mit Ja zu beantworten. Immerhin haben sich in den vergangenen zehn Jahren die Investitionen um knapp 50 Prozent erhöht. Der Zuwachs war damit deutlich größer als bei den übrigen Posten (Grafik). Selbst die sozialen Leistungen stiegen nur um vergleichsweise magere 20 Prozent.

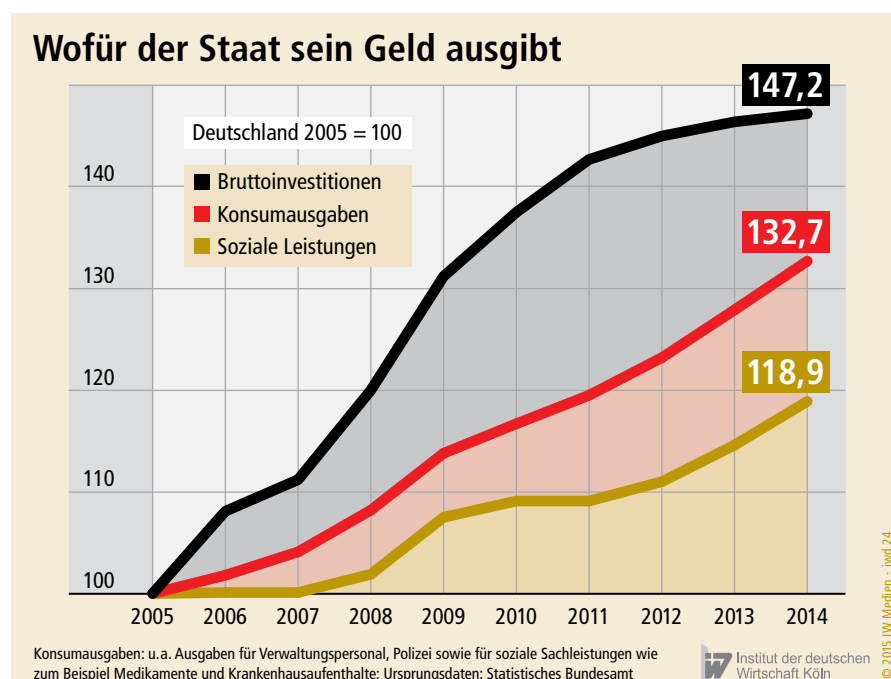
Jetzt aber kommt der Haken: Absolut betrachtet legten die Investitionen seit 2005 lediglich um 20 Milliarden Euro auf 63 Milliarden Euro zu – die Sozialleistungen wuchsen dagegen um knapp 110 Milliarden Euro auf 692 Milliarden Euro.

Dass der Staat in der vergangenen Dekade nicht noch mehr für Soziales ausgegeben hat, ist wiederum der guten Beschäftigungsentwicklung zu verdanken: Von 2005 bis 2014 wuchs die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland um 3,3 Millionen. Gleichzeitig ging die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen von 4,9 Millionen auf 2,9 Millionen zurück – entsprechend geringer sind die Lohnersatzleistungen ausgefallen, also Arbeitslosengeld I und Hartz IV.

Kompensiert werden dürfte diese Entwicklung allerdings durch mehrere ausgabenwirksame Entscheidungen der Großen Koalition, die jedoch erst in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung entfalten: das Betreuungsgeld, die Mütterrente und die Rente mit 63.

Einstweilen aber sind die Kassen prall gefüllt, aus dem 75-Milliarden-Euro-Haushaltsloch des Jahres 2005 ist ein Überschuss von 18 Milliarden Euro geworden. Daher ist es an der Zeit, auch die Steuerzahler an diesem Erfolg teilhaben zu lassen, denn schließlich haben sie das Geld erwirtschaftet.

Der Vorstoß von Schäuble, die kalte Progression abzumildern, kann allerdings nur ein erster Schritt sein. Denn der Vorschlag kompensiert lediglich einen kleinen Teil der heimlichen Steuererhöhungen der vergangenen Jahre. Wenn zusätzlich noch der Soli über das mögliche Ende 2019 unbegrenzt beibehalten werden sollte, dürften sich die Steuerzahler zu Recht verschaukelt fühlen.



Zwischen Ausbeutung und Notwendigkeit

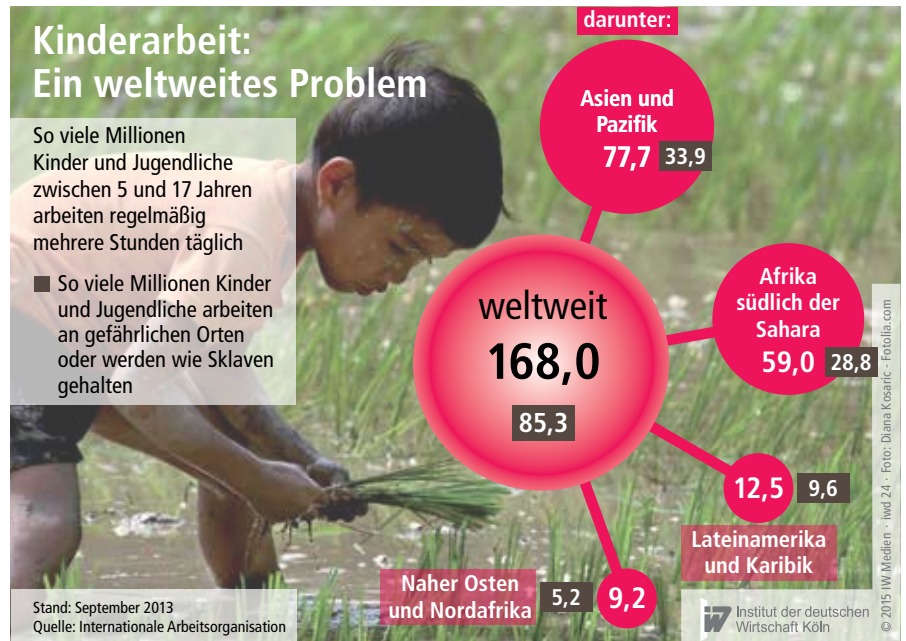
Kinderarbeit. Am 12. Juni findet der internationale Tag gegen Kinderarbeit statt. Obwohl sich die Internationale Arbeitsorganisation, die diesen Tag ins Leben gerufen hat, schon seit 1992 für die Beseitigung der Kinderarbeit starkmacht, riskieren immer noch viele Millionen Jungen und Mädchen jeden Tag ihr Leben, um Geld zu verdienen.

Sie schuften in Bergwerken, ernten Haselnüsse und Kakaobohnen oder verrichten schwere Hausarbeit (Grafik):

Weltweit gibt es rund 168 Millionen Kinderarbeiter, von denen mehr als 85 Millionen einer gefährlichen Arbeit nachgehen.

Die gute Nachricht: Die Zahl der Kinderarbeiter ist zuletzt deutlich zurückgegangen – 2008 gab es noch 215 Millionen Kinder, die regelmäßig mehrere Stunden am Tag arbeiteten, und 115 Millionen Jungen und Mädchen, die eine gefährliche Arbeit verrichten mussten.

Die schlechte Nachricht: Es sind immer noch viel zu viele junge Menschen, die ihr Leben riskieren, um sich und ihren Familien das Überleben zu sichern. Deshalb beschloss die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2006, die schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis 2016 zu beseitigen. Dazu zählen 182 Arbeiten von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren – von der Kinderprostitution und -pornografie über den Einsatz als Soldat oder Drogenschmuggler bis hin zum Umgang mit gefährlichen Chemikalien und Maschinen. Bereits 2010 musste die ILO jedoch einräumen, dass „das Tempo des Fortschritts nicht



ausreicht, um das für 2016 angepeilte Ziel zu erreichen“.

Statt Kinderarbeit pauschal zu verdammen, wird heute zunehmend die Frage diskutiert, inwieweit Kinder ein Recht auf Arbeit haben. Viele gehen nämlich nur deshalb einer Beschäftigung nach, weil sie sich damit das in vielen Ländern erforderliche Schulgeld verdienen, das ihre Eltern nicht aufbringen können.

Die Kinderarbeiter in Bolivien zum Beispiel haben sich sogar gewerkschaftlich organisiert, um arbeiten zu dürfen – mit Erfolg: In Bolivien ist Kinderarbeit nun ab 14 Jahren erlaubt, in Ausnahmefällen sogar ab zehn Jahren. Allerdings muss es den Kindern trotz der Arbeit möglich sein, die Schule zu besuchen und sie müssen gerecht entlohnt werden.

Die indische Regierung dagegen hat Mitte Mai angekündigt, Arbeit für unter 14-Jährige zu verbieten – bisher gilt diese Altersgrenze nur für gefährliche Arbeit. Jedoch soll es Ausnahmen geben für Kinder, die im

Familienbetrieb oder im Sport- und Unterhaltungsbereich arbeiten.

Experten halten es allerdings für unrealistisch, Kinderarbeit in einem Land zu verbieten, in dem Millionen von Minderjährigen in Minen, Fabriken oder als Hausangestellte beschäftigt sind.

Das tut die Wirtschaft

Rund 95 Prozent der deutschen Unternehmen engagieren sich, um in ihren internationalen Niederlassungen Kinderarbeit zu vermeiden – zum Beispiel in Form von Altersüberprüfungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung der IW Consult im Auftrag von econsense – Forum nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V., in deren Rahmen 74 Unternehmen mit einer ausländischen Niederlassung in Brasilien, China, Indien, der Türkei, Südafrika, Mexiko oder Malaysia befragt wurden. Etwas mehr als die Hälfte der Betriebe ergreift darüber hinaus auch Maßnahmen, um Kinderarbeit bei ihren Zulieferern zu vermeiden.

Europa sucht nach Lösungen

Flüchtlinge. Weil immer mehr Flüchtlinge in die EU kommen, will Brüssel deren Verteilung auf die einzelnen Mitgliedsstaaten neu regeln. Genauso wichtig wäre es jedoch, sich um ein Problem zu kümmern, das kaum wahrgenommen wird: Fast die Hälfte der Flüchtlinge kommt nicht aus Afrika oder Syrien, sondern vom Westbalkan. Weil diese Menschen kaum eine Chance haben, aufgenommen zu werden, sind andere Strategien gefragt.

Die Zahl der Asylbewerber in der Europäischen Union hat sich binnen eines Jahres verdoppelt – auf 71.000 im Februar 2015.

Woher die Flüchtlinge kommen. In den Medien wird zwar fast ausschließlich über jene Menschen berichtet, die aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa kommen. Tatsächlich aber stammte zuletzt fast die Hälfte aller Asylbewerber vom Westbalkan, also aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – allein im Februar dieses Jahres waren es mehr als 31.000.

Wohin die Flüchtlinge gehen. Betrachtet man die Zielländer der Flüchtlinge, dann zeigt sich eine sehr ungleiche Verteilung innerhalb der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Absolut gesehen hat Deutschland im Jahr

2014 die meisten Flüchtlinge aufgenommen: gut 200.000 oder fast ein Drittel aller Asylbewerber. Es folgten Schweden mit mehr als 80.000 sowie Italien und Frankreich mit jeweils gut 60.000 Flüchtlingen. Setzt man die Zahl der Asylbewerber jedoch ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der Zielländer, ergibt sich ein ganz anderes Bild (Grafik):

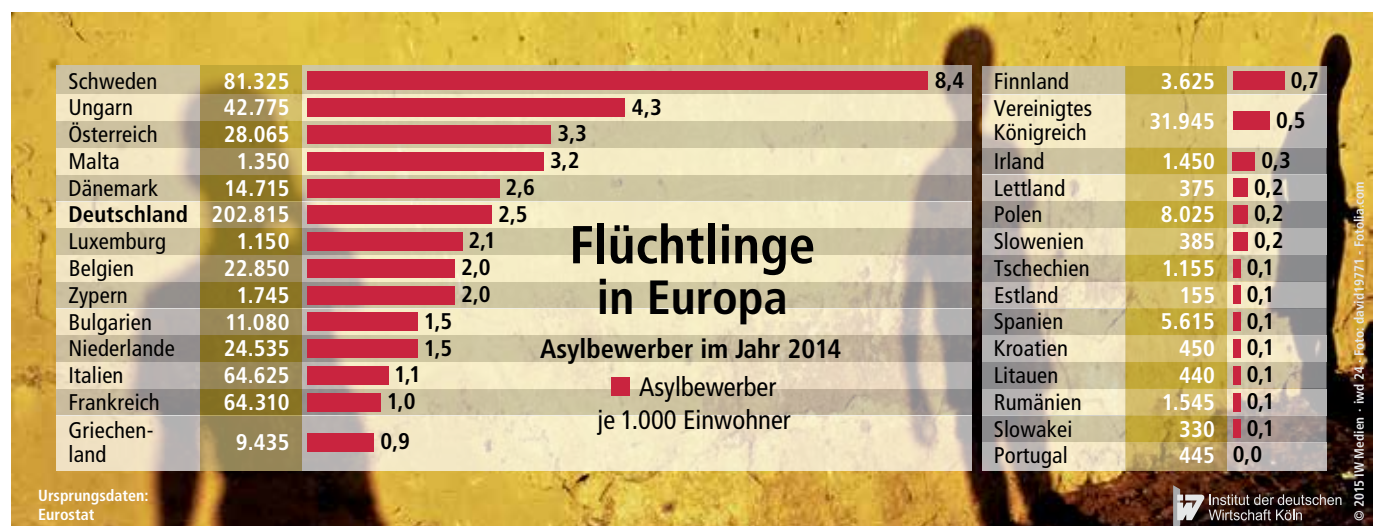
Spitzenreiter 2014 war Schweden mit 8,4 Asylbewerbern je 1.000 Einwohner – mit großem Abstand folgten Ungarn, Österreich und Malta.

In dieser Statistik sind allerdings Personen, die ohne Eröffnung eines Asylverfahrens direkt zurückgewiesen wurden, nicht berücksichtigt.

Das Dublin-Verfahren. In welchem EU-Land Flüchtlinge einen Asylantrag stellen können, regelt das Dubliner Übereinkommen von 1997.

Seit Juli 2013 gilt die reformierte Fassung, Dublin III genannt. Demnach ist das Einreiseland grundsätzlich auch das Land, in dem der Asylantrag gestellt werden muss – allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen von dieser Regel:

- Unbegleitete Minderjährige werden, wenn möglich, an ein EU-Land verwiesen, in dem ein Familienangehöriger oder Verwandter lebt.
- Genießt bereits ein Familienangehöriger Flüchtlingsschutz oder befindet sich im Asylverfahren, kann der Antrag grundsätzlich auch in diesem Land gestellt werden.
- Wenn Familienangehörige über unterschiedliche Länder einreisen, können die Anträge in einem Land – und müssen nicht in mehreren Staaten – gestellt werden.
- Besitzt ein Antragsteller einen gültigen oder abgelaufenen Aufenthaltstitel oder ein gültiges oder abgelaufenes Visum eines Landes, ist dieses Land grundsätzlich auch für den Asylantrag zuständig.
- Hält sich der Antragsteller bereits fünf Monate ununterbrochen in



einem Land auf, ist dieses auch für das Asylverfahren zuständig.

- Kommt ein Asylbewerber über die visafreie Einreise in ein EU-Land, ist dieser Staat für das Asylverfahren zuständig – und nicht das Land, über das der Flüchtling eingereist ist. Dies ist insbesondere für Personen vom Westbalkan relevant, da die Visapflicht für diese Länder – mit Ausnahme des Kosovo – EU-weit abgeschafft worden ist.

Hintergrund des Dubliner Verfahrens ist das Schengenabkommen, also der Verzicht auf Grenzkontrollen innerhalb der EU. Ohne die Regelung, dass das Einreiseland auch das Land ist, in dem der Asylantrag gestellt werden muss, könnten abgelehnte Asylbewerber in ein anderes EU-Land weiterziehen und dort erneut einen Antrag stellen.

Allerdings berücksichtigt das Dublin-Verfahren nicht, dass die einzelnen EU-Länder aufgrund ihrer geografischen Lage unterschiedlich leicht oder schwer erreicht werden können. So kommen die meisten Flüchtlinge auf dem Land- oder Seeweg, landen also zwangsläufig in einem Staat mit einer EU-Außengrenze.

Davon besonders betroffen ist Italien, wo derzeit die meisten Flüchtlingsboote aus Afrika ankommen. Dies lässt sich vor allem damit erklären, dass es Schleuserbanden aufgrund der politischen Lage besonders leicht haben, von Libyen aus in See zu stechen, und Italien dem Bürgerkriegsland am nächsten liegt.

Generell aber weisen – mit Ausnahme von Italien und Ungarn – jene Länder, die nennenswerte EU-

Flüchtlinge: Wer bleiben darf und wer nicht

So viel Prozent der Asylanträge wurden 2014 in der EU-28 in erster Instanz positiv entschieden, das heißt, den Flüchtlingen wurde Asyl, Schutz nach der Genfer Konvention oder eine andere Art von Flüchtlingsschutz gewährt

■ Zahl der bearbeiteten Anträge ■ Anteil der positiven Entscheidungen in Prozent

Syrien	Afrika	Westbalkan	Andere Länder	Insgesamt
69.055	94.170	65.450	130.275	358.950

94,8 44,0 4,4 39,3 44,9

Westbalkan: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien; Quelle: Eurostat

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 24 - Foto: david19771 - Fotolia.com

Außengrenzen haben, keine besonders hohen Asylbewerberzahlen aus. Von daher ist eine Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU derzeit eigentlich nicht notwendig, zumal das zwangsläufig mit großem bürokratischen Aufwand verbunden wäre. Sinnvoll wäre allerdings eine Beteiligung der EU an der Versorgung jener Flüchtlinge, die an den Außengrenzen anlanden.

Flüchtlinge vom Westbalkan. Die Asylbewerber aus diesen Ländern bilden insofern eine besondere Gruppe, als die meisten von ihnen nicht vor politischer Verfolgung flüchten, sondern wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Ausgrenzung von Minderheiten in ihrem Land. Das aber sind nach geltendem Recht keine Asylgründe, sodass die meisten Anträge abgelehnt werden (Grafik):

Im Jahr 2014 wurden EU-weit gerade einmal rund 4 Prozent der Asylanträge von Flüchtlingen aus dem Westbalkan positiv entschieden, in Deutschland waren es sogar lediglich 0,5 Prozent.

Daher braucht Europa für diese Menschen andere Strategien:

- **Gezielte Aufklärung.** Vor allem Informationen über die Rechtslage können verhindern, dass Flüchtlinge sich mit falschen Vorstellungen von einem Land auf den Weg machen.
- **Beschleunigung der Asylverfahren.** Wenn keine Aussicht auf einen positiven Bescheid besteht, sollte möglichst gar kein Asylverfahren eröffnet werden. Wird ein Verfahren eingeleitet, sollte es möglichst schnell entschieden werden.
- **Öffnung der Arbeitsmärkte.** Viele der Flüchtlinge sind auf der Suche nach Arbeit, haben aber keinen Zugang zu den europäischen Arbeitsmärkten. Deutschland zum Beispiel könnte die Menschen aus den relativ kleinen Balkanländern ohne größere Probleme integrieren.

Nicht wünschenswert wäre dagegen eine Wiedereinführung der Visapflicht für die Bürger dieser Länder. Denn das würde der Zusammenarbeit in Europa entgegenwirken – auch über die Grenzen der EU hinaus.

Kinder zählen mit

Rentenversicherung. Junge Eltern werden von zwei Seiten in die Zange genommen. Sie müssen für die Rentner und ihren Nachwuchs aufkommen. Da bleibt oft wenig Geld für private Vorsorge. Hans-Werner Sinn vom ifo Institut und Jochen Pimpertz vom IW Köln wollen an diesem Mechanismus etwas ändern. Der eine plädiert für eine Kinderrente im Rahmen einer zusätzlichen, kapitalgedeckten Pflichtversicherung, der andere möchte eine kinderabhängige Rente innerhalb des jetzigen Umlagesystems.

Im April hatte sich der Präsident des ifo Instituts Hans-Werner Sinn im iw-d dafür ausgesprochen, junge

Leute zu verpflichten, einen Teil ihres Einkommens in einen Fonds einzuzahlen, aus dem im Alter eine Zusatzrente gezahlt wird, die an die Zahl der großgezogenen Kinder geknüpft ist. Mit jedem Kind, das man großzieht, solle ein Teil der Pflichtersparnis erlassen werden, denn das Geld benötigt man für die Kindererziehung. Diese Zusatzversorgung will Sinn unabhängig von der gesetzlichen Rentenversicherung organisieren (vgl. iw-d 15/2015). Sein Hauptanliegen ist eine gerechtere Belastung der Familien.



Jochen Pimpertz, IW-Rentenexperte, will die Rente zwar auch an die Zahl der Kinder binden. Er bevorzugt jedoch eine Lösung innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung. Seine Ideen erläutert er uns im Interview.

+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview ++

Herr Pimpertz, Sie und Hans-Werner Sinn vom ifo Institut wollen Kinderlosen weniger Rente zahlen als Eltern? Das wird nicht überall auf Beifall stoßen.

Stimmt, aber es stimmt auch, dass das heutige System Kinderlosigkeit begünstigt. Wer keine Kinder hat, kann zum einen leichter privat vorsorgen. Zum anderen wird er mehr in die Rentenversicherung einzahlen, weil er sich voll auf seinen Beruf konzentrieren kann. Dagegen bekommen Eltern, die erziehungsbedingt im Beruf kürzergetreten sind, im Alter nicht nur weniger Rente. Ihnen fällt die private Vorsorge auch schwerer.

Das liegt an dem grundlegenden Konstruktionsfehler der gesetzlichen Rentenversicherung, der eigentlich ganz einfach zu verstehen ist: Wer während seiner Berufstätigkeit Beiträge gezahlt hat, erhält im Ruhestand seine Rente unabhängig davon, ob er auch selber für künftige Beitragszahler gesorgt hat.

Sie plädieren also dafür, den Rentenanspruch nicht nur an der Beitragszahlung festzumachen?

Genau, der eigene Rentenanspruch sollte auf zwei Säulen basieren – den Beiträgen während des Erwerbslebens und der Zahl der großgezogenen Kinder. Konkret heißt das: Die

Eltern bekommen einen Bonus, und zwar abhängig von der Zahl ihrer Kinder.

Wir müssen doch eines zur Kenntnis nehmen: Seit Anfang der 1970er Jahre wurden im Schnitt weniger als 1,5 Kinder pro Frau geboren. Der Altenquotient steigt also, und wenn wir nichts ändern, geht das munter so weiter.

Der Clou am IW-Modell ist, dass quasi automatisch die Belastungen künftiger Generationen mitreguliert werden. Wenn nämlich heute weniger Kinder geboren werden, müssen diese nicht zwangsläufig in 30 oder 40 Jahren höhere Lasten schultern als ihre Eltern heute. Weil das System kinderabhängig gestaltet ist, entstehen auch insgesamt weniger Rentenansprüche. Deshalb wird eine schwächer besetzte Kindergeneration automatisch vor Überlastung geschützt.

IW und Herr Sinn gleichen sich stark in der Analyse. Was fehlt Ihnen an dem Vorschlag des ifo-Chefs?

Herr Sinn schlägt eine Pflicht-Zusatzvorsorge per Kapitaldeckungsverfahren vor. Wie aber wäre eine Umverteilung zwischen Kinderlosen und Eltern in einem privaten, kapitalgedeckten System möglich? Offen bleibt auch, wie Kinder vor steigenden Rentenlasten geschützt werden.

Rolle rückwärts

Schweiz. In einer Volksabstimmung haben sich die Schweizer Anfang 2014 für die Begrenzung der Zuwanderung ausgesprochen; die Regierung in Bern soll nun das Thema Freizügigkeit mit der EU neu verhandeln. Dabei sind die offenen Grenzen zwischen der Schweiz und den EU-Ländern Teil der eidgenössischen Erfolgsstory.

Der an das Referendum anknüpfende Gesetzentwurf der Schweizer Regierung sieht vor, dass alle Ausländer, die länger als vier Monate in der Schweiz arbeiten wollen, eine Arbeitserlaubnis benötigen. Zudem soll in Zukunft – außer in Bereichen mit allgemeinem Arbeitskräftemangel – in jedem Einzelfall geprüft werden, ob es für eine Stelle nicht auch geeignete Schweizer Arbeitskräfte gibt.

Doch so leicht lassen sich diese Pläne kaum umsetzen. Denn für EU-Bürger, die in die Schweiz kommen, gilt derzeit die uneingeschränkte Arbeitnehmer-Freizügigkeit – und daran will Brüssel nicht rütteln lassen. Hinzu kommt, dass die Freizügigkeitsregelung zu einem Paket von sieben bilateralen Marktöffnungsabkommen gehört, die – neben dem bereits 1972 vereinbarten Freihandelsabkommen – in den 1990er Jahren viele Handelshürden zwischen der Schweiz und der EU beseitigt haben. Kündigt Bern eines der sieben Abkommen, gelten auch die anderen nicht mehr.

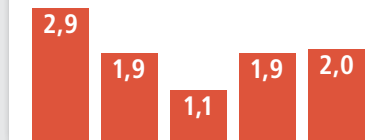
Das aber dürfte kaum im Interesse der eidgenössischen Wirtschaft sein – schließlich profitiert sie in hohem Maße vom vereinfachten Zugang zum EU-Binnenmarkt:



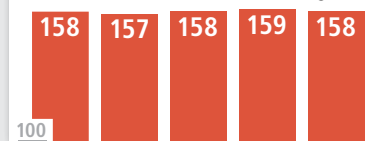
Die Schweiz in Zahlen

2010 2011 2012 2013 2014

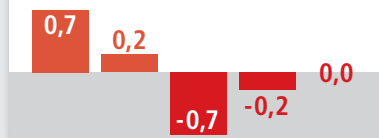
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



BIP je Einwohner, EU-28 = 100
um Kaufkraftunterschiede bereinigt



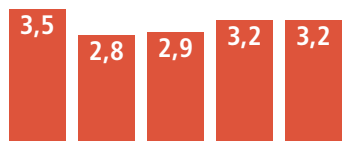
Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



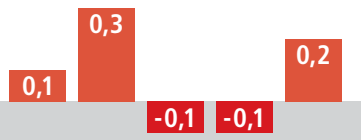
Angaben zum Teil geschätzt; Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen; Quelle: Internationaler Währungsfonds

2010 2011 2012 2013 2014

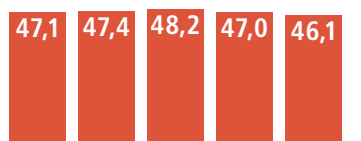
Arbeitslosenquote
in Prozent



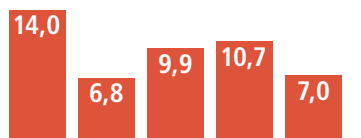
Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 24

Im Jahr 2013 gingen fast 55 Prozent der schweizerischen Exporte in die EU-Staaten – allein die deutschen Kunden nahmen den Schweizern rund 19 Prozent ihrer Ausfuhren ab.

Noch enger mit der Europäischen Union verbunden ist die Schweiz bei den Einfuhren – nahezu 73 Prozent ihrer Importe bezog sie im Jahr 2013 aus den 28 EU-Ländern, 28 Prozent allein aus Deutschland.

Der intensive Handel mit den EU-Partnern hat einen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Eidgenossenschaft. Zwar hat die Freigabe des Schweizer Franken Anfang 2015 zu einer Konjunkturdelle geführt, an der überzeugenden Bilanz der vergangenen Jahre ändert dies jedoch kaum etwas (Grafik):

Selbst unter Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden lag das

Schweizer Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zuletzt stets fast 60 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Dazu hat auch das Know-how vieler Arbeitskräfte aus EU-Ländern beigetragen: Laut Schweizer Statistik waren zwischen Basel und Lugano 2014 rund 800.000 Ausländer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EU plus Island, Norwegen und Liechtenstein) beschäftigt – sie stellten fast 18 Prozent aller Erwerbstätigen in der Schweiz. Die größte Gruppe waren die Deutschen mit 207.000 Arbeitnehmern, gefolgt von den Italienern mit 174.000.

Es ist daher fraglich, ob sich die Schweiz einen Gefallen tut, wenn sie die Zuwanderung begrenzt und damit das Potenzial ausländischer Fachkräfte nicht mehr uneingeschränkt nutzen kann.

Das Netz von morgen

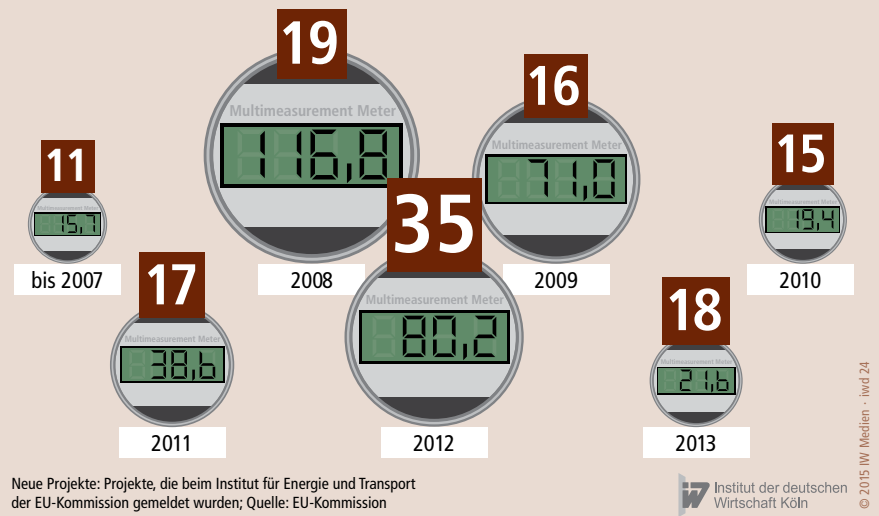
Smart Grids. Wind, Sonne, Wasser und nachwachsende Rohstoffe liefern heute schon 27 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms. Im Jahr 2050 sollen es der Bundesregierung zufolge sogar 80 Prozent sein. Dazu braucht es ein neues Netzdesign, in dem der Ausgleich von Stromangebot und -nachfrage intelligent gesteuert wird.

Die Energiewende stellt das Stromnetz vor große Herausforderungen: Während übers Land verteilte Atom- und später auch Kohlekraftwerke vom Netz gehen, muss immer mehr Windstrom aus Norddeutschland über weite Strecken bis in die süddeutschen Wirtschaftszentren transportiert werden. Natürlich soll die Versorgung auch dann funktionieren, wenn der Wind im Norden mal nicht bläst. Zudem werden Haushalte mit Solarpanelen auf dem Dach an sonnigen Tagen zu Stromlieferanten – dann kehrt sich die Flussrichtung im Netz sogar um.

Adressaufkleber

Smart Grids: Das Stromnetz wird schlau

■ Neue Projekte zur Erforschung und Umsetzung intelligenter Stromzähler und -netze in Deutschland ■ Budget in Millionen Euro



Damit die Stromversorgung auch in Zukunft reibungslos klappt, sind Smart Grids gefragt – schlaue Stromnetze. Intelligente Steuerungen und Stromzähler sollen dafür sorgen, dass Angebot und Nachfrage jederzeit zusammenpassen. Smart Grids ermöglichen es zum Beispiel, ein Überangebot an Strom in Speichern zwischenzulagern – etwa in den Batterien von Elektroautos. Ist der Verbrauch dagegen extrem hoch, können Kleinkraftwerke zugeschaltet oder industrielle Wärmeanlagen und Kühllhäuser, die nicht ständig Strom benötigen, gegen eine Vergütung abgeschaltet werden.

Das Institut für Energie und Transport der EU-Kommission erfasst Projekte, die die Gestaltung von Smart Grids erforschen, sowie Demonstrationsvorhaben und erste Serienumsetzungen. Deutschland ist

in diesem Bereich ausgesprochen aktiv (Grafik):

Bis zuletzt wurden in Deutschland 131 Smart-Grids-Projekte mit einem Budget von insgesamt rund 360 Millionen Euro gestartet.

EU-weit haben Firmen und staatliche Einrichtungen der Kommission rund 1.300 Projekte gemeldet, in die gut 3 Milliarden Euro geflossen sind.

Doch auch wenn am smarten Stromnetz kein Weg vorbeiführt, ist Augenmaß gefordert. Denn für einen Durchschnittshaushalt dürfte sich der Einbau von intelligenten Stromzählern vorerst nicht rechnen. Zudem mag der nächtliche Betrieb einer Waschmaschine aus Gründen der Verbrauchssteuerung sinnvoll sein – läuft das Gerät aber in einer Etagenwohnung, wird wohl spätestens beim Schleudergang der Nachbar wenig erfreut vor der Tür stehen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.